

Presseerklärung Tragische Wende - Zum Sondierungsergebnis GroKo für Migration

„Ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen.“ (Matthäus 25,35)

Wir stehen an diesem Wochenende vor einem Wendepunkt in der christlichen und humanitären Ausrichtung der deutschen Politik. Aus guten Gründen verstärkt sich der Widerstand in der Sozialdemokratie gegen das umstrittene Ergebnis der bisherigen Sondierungsverhandlungen zur GroKo. Die Umsetzung des verabschiedeten Papiers würde die Aufgabe des Konsenses zu einer menschenfreundlichen Aufnahme von bedrohten Menschen bedeuten, eine Aufgabe von christlichem Verhalten und Werten unseres Staates und seiner Vertreter.

Kurz vor dem Sonderparteitag der SPD wollen wir Christen daher in großer Sorge unsere Stimme erheben, auch im Namen der vielen kirchlichen und zivilen ehrenamtlichen und professionellen Helferinnen und Helfern in unserem Land. Deutschland hat durch das Engagement einer weltoffenen, aufgeschlossenen und hilfsbereiten Gesellschaft nach seiner schwierigen Geschichte wieder einen Platz unter den demokratischen und lebenswerten Ländern dieser Welt zurückerhalten. Das scheint nach der geplanten ethischen Wende nun vorbei zu sein.

Vor diesem Hintergrund sind wir - wie alle anderen, die sich um nach Deutschland geflüchtete und hier Schutz suchende Menschen kümmern - verwundert, enttäuscht, manche entsetzt, dass die SPD und CDU weitgehend das flüchtlingsfeindliche Konzept der CSU aus ihrer Tagung in Seon übernommen haben, das sich stark an Forderungen der AfD orientiert.

Was ist da ernsthaft verhandelt worden?

Kurz vor dem anstehenden Sonderparteitag der SPD möchten wir daher die Bedrohungen aus dieser Vereinbarung aufzeigen für unsere neuen Mitbürger aber auch für uns selbst, den Frieden in unserer Gesellschaft.

- Beim **Familiennachzug**, der als ein Menschenrecht gar nicht verhandelbar gewesen wäre, behält man im Wesentlichen den widerrechtlichen Stopp des Nachzugs von Kindern und Frauen bei. Pro Asyl spricht sogar von einer Verschlechterung der derzeitigen Regelung. Deshalb:

Nie wieder sollten die C-Parteien das Wort „Familie“ in ihrem Munde führen.

- Zur Tragik in **Afghanistan** hört man nichts. **Will man mit den Abschiebeflügen in das lebensbedrohliche Kabul einfach so weiter machen?** Der Suizid eines verzweiferten jungen Mannes im bayerischen Abensberg, dem die Süddeutsche Zeitung einen großen Artikel gewidmet hat unter dem

Titel „Tödliche Angst“, berührte die Verhandler nicht, auch nicht die vielen anderen Suizide rund um gnadenlose Abschiebungen. Besonders in Bayern werden nach wie vor unbescholtene gut integrierte Menschen nach Afghanistan abgeschoben, so beim letzten Flug aus Bayreuth. Für den bevorstehenden Flug am 23. Januar sitzt schon jetzt ein traumatisierter schwerbehinderter Mann in Abschiebehaft in Eichstätt. Viele Menschen kämpfen um Reza, der in Kabul sicher zugrunde gehen wird. Wir hören von anderen bewegenden Fällen

aus Kempten und Lichtenfels, alle bereits im deutschen Gefängnis.

Jeder, der das nicht endlich stoppt, macht sich mitschuldig.



- Der größte Skandal ist aber das Vorhaben der Koalition, offenbar uninformatiert, das bayerische **Lagersystem** flächendeckend auf ganz Deutschland ausweiten zu wollen. Während hier in Bayern der Widerstand gegen diese Zentren mit oft über tausend Insassen wächst, sehen das die GroKo-Macher nun als Modell für Deutschland. Es ist keine Begrenzung der Aufenthaltsdauer in diesen Lagern vorgesehen, keine Regelung für faire Asylverfahren mit Zugang zu Rechtshilfe und Asylsozialberatung, kein Zugang mehr zu deutschen Helfern, keine therapeutische Versorgung, keine humanitären Standards. Die gesamte kirchliche und zivile Unterstützungsstruktur, die die deutsche Migrationshilfe bisher getragen hat, wird weg- und zusammenbrechen. Niemand kümmert sich um die Probleme der deutschen Nachbarn im Umfeld solcher Camps und die „Opfer“ hinter den Zäunen. **Die Delegierten sollten das im letzten Moment stoppen, um Schlimmes zu verhindern.**

Was sollen die engagierten Menschen rund um Bamberg, Regensburg, Deggendorf und Ingolstadt denken, die darauf hofften, dass der Spuk der Zentren vor ihrer Haustüre mit Gewalt, Desintegration und Unmenschlichkeit bald vorbei sein würde?

Was ist mit der SPD los? Hat man das Schicksal der zu uns geflüchteten Menschen nun ganz aus dem Blick verloren, überlässt sie den CSU- und AfD-Populisten? Wo sind die Christen in der CDU, die warnend und schützend ihre Stimme erheben?

Wir hoffen und setzen auf ein Nein zu diesem Programm einer GroKo, in der sich Christen und sozial engagierte Menschen nicht wiederfinden. Die SPD und die Christen in der CDU stehen an einem historischen Wendepunkt. Wir hoffen noch auf ein Innehalten und die Rückbesinnung aller Beteiligten auf unsere humanitäre und christliche Tradition, im Geiste von Matthäus 25, im Geiste unseres Grundgesetzes.

V.i.S.d.P.: Stephan Reichel Kurator und Geschäftsführer „matteo - Kirche und Asyl“
c/o Evangelisch- Reformierte Kirchengemeinde Nürnberg - St. Martha,
Königstr. 75, 90402 Nürnberg